

Griechische Außenpolitik Andreas Papandreu

T H E T I S

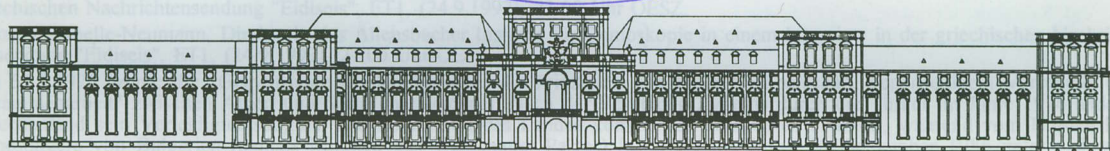
Jürgen
Rauter:
Griechische
Außenpolitik
nach
Andreas
Papandreu

Mannheimer Beiträge zur Klassischen Archäologie und Geschichte Griechenlands und Zyperns

Herausgegeben von
Reinhard Stupperich und Heinz A. Richter



Band 4
Mannheim 1997



Griechische Außenpolitik nach Andreas Papandreou

Jürgen Reuter

Als Kostas Simitis im Januar 1996 das Amt des Ministerpräsidenten übernahm, war man gespannt, wie sich der Nachfolger gegenüber der einstigen übermächtigen PASOK-Integrationsfigur Andreas Papandreou profilieren würde. Außenpolitisch machte Simitis bald von sich reden, nicht nur durch seine besonnene Haltung während der Imia-Krise, sondern auch durch seine souveräne Politik bezüglich des Streites um die Benennung der früheren jugoslawischen Republik Makedonien. Auch seine Entspannungsbemühungen in dem traditionell belasteten Verhältnis zur Türkei¹ zeigten Erfolge und trugen zur Verbesserung des internationalen Ansehens Griechenlands bei. Inzwischen bescheinigt auch die deutsche Presse dem griechischen Ministerpräsidenten, aus dem Schatten des Übervaters Papandreou herausgetreten zu sein und achtbare Leistungen erbracht zu haben. Auch wirtschaftspolitische Erfolge werden Simitis zugerechnet. So wollte EU-Kommissionspräsident Santer kürzlich nicht ausschließen, daß Griechenland bereits Ende 1998 der Währungsunion beitreten könne.²

Unter Simitis' Amtsführung konnte sich Griechenland vom Image des "Querulanten in der EU" befreien. In diesem Sinne bewertete der Generalsekretär des griechischen Informationsministeriums, Iannis Nikolaou, die Ergebnisse einer von der griechischen Regierung in Auftrag gegebenen Studie des Allensbacher Instituts für Demoskopie. Darin war untersucht worden, wie bundesdeutsche "Meinungsmacher" (z.B. Journalisten und Medienvertreter) Griechenland und dessen Politik bewerten. Nikolaou betonte, die Ergebnisse der Untersuchung machten die kontinuierliche Verbesserung des Außen-Bildes Griechenlands deutlich. Ein Grund dafür sei die Tatsache, daß die großen Probleme, die das Land in der Vergangenheit zu bewältigen hatte und die das Bild Griechenlands gegenüber den anderen Staaten verdunkelt hätten, abgeschwächt oder gelöst werden konnten. Als Beispiel nannte Nikolaou in diesem Zusammenhang das Makedonien-Problem.³

Auch Elisabeth Noelle-Neumann beobachtete die Veränderung: "Unter ihrem jetzigen Ministerpräsidenten [Simitis - J.R.] macht Griechenland bei den Deutschen ganz rasche Fortschritte in *public relations*, in Sympathie."⁴ Im folgenden Beitrag soll die Außenpolitik der Simitis-Administration und die gewandelte außenpolitische Problemkonstellation Griechenlands untersucht werden.

Außenpolitische Probleme zu Beginn der neunziger Jahre

Der EU-Mitgliedstaat Griechenland - geographisch von den restlichen EU-Staaten getrennt - liegt inmitten der Balkan-Krisenregion, d.h. Griechenland grenzt an Staaten mit destabilen politischen Systemen. Anfang der neunziger Jahre bestanden entweder *bilaterale Konflikte* unterschiedlicher Ausprägung zwischen Athen und den Nachbarländern, oder *in diesen Nachbarstaaten* gab es politische Destabilität, Konflikte und sogar Kriege. Meistens trafen aber beide Varianten zu: Konflikte Athens mit den politisch destabilen Nachbarländern. Während Griechenland mit Bulgarien besonders seit 1973 teilweise recht freundschaftliche Beziehungen unterhält⁵, bestanden mit allen anderen Nachbarstaaten Streitpunkte unterschiedlicher Intensität. In der ersten Hälfte der neunziger Jahre, vor allem bis 1994, verschlechterten sich die Beziehungen Athens zu seinen Nachbarn in einigen Fällen erheblich. Blicken wir kurz zurück:

Bulgarien - Regierungsbildung mit Unterstützung der BRG

Beispielhaft für eine extreme griechische Bedrohungsperzeption ist die Wahrnehmung der innenpolitischen Entwicklung Bulgariens Anfang der neunziger Jahre. Nach den Parlamentswahlen vom Oktober 1991 mußte sich die konservative bulgarische Regierung unter der Führung von Filip Dimitrov auf eine Partei der

1 Vgl. "Kostas Simitis ist längst aus dem Schatten Papandreous herausgetreten", *Handelsblatt* (24.4.1997) und "Simitis ruft zu enger Zusammenarbeit mit der Türkei auf", *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (26.4.1997).

2 An einen so frühen Beitritt Griechenlands zur Währungsunion glaubt in Athen wohl niemand. Mitarbeiter im Wirtschaftsministerium rechnen damit, daß Griechenland möglicherweise im Jahre 2000, also in der zweiten Runde Mitglied der Währungsunion werden könne. (Vgl. "Griechenland kommt", *Die Welt* (10.6.1997).

3 Vgl. Interview mit dem Generalsekretär des griechischen Informations- und Presseministeriums, Iannis Nikolaou, gesendet in der griechischen Nachrichtensendung "Eidiseis", ET1, (24.9.1997), 21.00 Uhr OESZ.

4 Elisabeth Noelle-Neumann, Direktorin des Allensbacher Instituts für Demoskopie in einem Interview in der griechischen Nachrichtensendung "Eidiseis", ET1, (24.9.1997), 21.00 Uhr OESZ.

5 Am 31.3.1973 wurde die "Gemeinsame Deklaration über die Prinzipien von guter Nachbarschaft, gegenseitigem Verständnis und Zusammenarbeit" zwischen Athen und Sofia unterzeichnet. Nach der Besetzung Zyperns durch die Türkei im Jahre 1974 änderte Griechenland sein Verteidigungsdogma. Die Bedrohung des Landes komme aus dem Osten (Türkei), während vom Norden her, insbesondere von Bulgarien (damals Mitglied des Warschauer Paktes) keine Gefahr drohe. Im September 1986 unterzeichneten Griechenland und Bulgarien erneut eine "Deklaration über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit". Vgl. Kyriakos Kentrotis, "Voulgaria", in: Thanos Veremis, (Hg.), *Valkania - Apo ton dipolismo sti nea epochi* (Athen: Ekdoseis Gnosi), 1994, S. 219-433 (S. 397ff.) und Heinz-Jürgen Axt/Heinz Kramer, *Entspannung im Ägäiskonflikt?* (Baden-Baden: Nomos, 1990), S. 42.

türkischstämmigen Minderheit, der Bewegung für Rechte und Freiheiten (BRF) stützen, die ihm Ende 1991 mit einem Wähleranteil von 7,5% zur Regierungsfähigkeit verholfen hatte.⁶ In Griechenland wurde diese Konstellation mit Schrecken beobachtet. Schließlich seien die in Bulgarien lebenden Türken - so der Athener Standpunkt - in ihrem tiefsten Inneren auf das türkische Mutterland hin orientiert. Hellas befürchtete, daß die neue bulgarische Regierung dadurch an die Seite der in vielen politischen Streitfragen in Gegensatz zu Athen stehenden Türkei treten könnte. Tatsächlich wurde bereits am 20.12.1991 zwischen Bulgarien und der Türkei ein Abkommen über Vertrauensbildung, Sicherheit und militärische Kontakte unterzeichnet.⁷ Die politische Einflußnahme der Partei der türkischen Minderheit paßte nach griechischer Ansicht in die türkische Strategie der Unterstützung und Beeinflussung autonomer politischer Gebiete moslemisch-türkischer Minderheiten auf dem gesamten Balkan. Die griechische Regierung war sich nach diesen Entwicklungen nicht mehr sicher, ob der noch kurz vor der Wahl mit Bulgarien abgeschlossene Vertrag über Freundschaft und gegenseitige Zusammenarbeit auch wirklich die erhoffte politische Achse Sofia-Athen begründen würde.⁸ Zudem hatte die bulgarische Regierung bereits im Januar 1992 die ehemalige jugoslawische Republik Makedonien nach deren Abtrennung vom zerrütteten jugoslawischen Bundesverband als unabhängigen Staat unter der Bezeichnung "Republik Makedonien" völkerrechtlich anerkannt. Die explizit von Bulgarien ausgesprochene Weigerung, mit diesem Schritt auch eine makedonische Nation/Ethnos anzuerkennen, hatte in diesem Zusammenhang völkerrechtlich betrachtet keinerlei Relevanz. Erst nachdem die konservative Regierung ihre Mehrheit im Parlament bei den Wahlen vom Dezember 1994 verloren hatte und dadurch die Sozialistische Partei wieder die absolute Mehrheit erringen konnte, stellte sich wiederum Optimismus bei zahlreichen griechischen Politikern ein.⁹ Nun war eine Regierungsbeteiligung der mit Argwohn betrachteten "Türken-Partei" ausgeschlossen. Seitdem bemüht sich Griechenland um eine Wiederbelebung der bis zum Sturz des Kommunismus guten Beziehungen mit Sofia.¹⁰

Streit Athen-Skopje

In Griechenland wurde seit Beginn der neunziger Jahre das "Makedonien-Problem", bei dem es im Kern um die Frage der Namensgebung des Nachbarstaates geht, zu einer nationalen Existenzfrage überhöht.¹¹ Die Außenpolitik Athens konzentrierte sich zu jener Zeit fast ausschließlich auf die "Makedonien-Frage". Erst durch das Interim-Abkommen vom 13.9.1995 trat eine Wende ein, da folgende zentrale Streitpunkte beigelegt werden konnten: Es erfolgte eine Absage an grenzrevisionistische Positionen, irredentistische Ansprüche in Gestalt des Schutzes und der Fürsorge für die "Schwester und Brüder" in "Ägäis-Makedonien" wurden als vertragswidrig gekennzeichnet, die gleichberechtigte Mitarbeit Skopjes in internationalen Organisationen gesichert und das "entlehene" Symbol der "Sonne von Vergina" wurde von der Nationalflagge Skopjes entfernt. Athen hob daraufhin sein Wirtschaftsembargo auf. Den Namensstreit allerdings klammert das Abkommen aus und verweist auf eine künftige Übereinkunft in dieser Frage, die bis heute aussteht. Jedoch gibt es derzeit wieder Hoffnung auf eine baldige Einigung: Der UNO-Vermittler C. Vance soll Ende September die Staatsbezeichnung "Makedonien-Skopje" vorgeschlagen haben und diese Bezeichnung soll möglicherweise die Chance besitzen, sowohl in Athen als auch in Skopje akzeptiert zu werden.¹²

Kontroverse mit Albanien

Seit 1994 entstanden gleich mehrere Krisen der griechisch-albanischen Beziehungen. Sie wurden durch folgende Ereignisse ausgelöst und wieder deeskaliert:

1. Durch einen Überfall von Mitgliedern der von Griechenland aus agierenden Extremistengruppe "Front zur Befreiung des Nordepirus" auf einen Posten der albanischen Armee im Grenzzort Peshkepi am 10.4.1994.
2. Durch den umstrittenen Spionageprozeß im Sommer 1994 gegen Vertreter der in Albanien lebenden griechischen Minderheit.

6 Vgl. die Kommentierung der bulgarischen Parlamentswahlen in: *I Kathimerini* (17.10.1991).

7 Vgl. *Archiv der Gegenwart*, 64. Jahrgang [1991] (Sieglar & Co.: 1991), S. 36.340.

8 Vgl. Kentrotis, Kyriakos, *a.a.O.*, S. 406f.

9 Vgl. zu den Ergebnissen: "Sosialistes oi megaloi nikites", in: *I Kathimerini* (20.12.1994), S. 9.

10 Vgl. "Ta erotimata ton eklogon", in: *I Kathimerini* (11.12.1994), S. 26.

11 Vgl. zur Entwicklung der Beziehungen Athen-Skopje, zu den diversen Lösungsvorschlägen für einen Vertragsabschluß und zum Interim-Abkommen vom 13.9. 1995 ausführlich: Jürgen Reuter, "Athens schwieriger Weg zum Abschluß eines Interim-Abkommens mit Skopje", *Südosteuropa Mitteilungen*, 4 (1995), S. 333-359, Christos Rozakis, *Politikes kai nomikes diastaseis tis metavatikis symfonias tis Neas Yorkis metaxi Elladas kai PGDM* (Athen: Sideris 1996), Heinz-Jürgen Axt, "Zeichen der Hoffnung?", *Südosteuropa*, 2 (1996), S. 187-90 und Ioannis Cholevas, *I "Endiamesi Symfonia" Athinon-Skopion* (Athen: Ekdoseis Pelasgos. 1995).

12 Vgl. "Makedonia-Skopia proteinei o Vans", *To Vima* (28.9.1997), S. 1.

3. Durch den Regierungsentwurf zur Verfassungsrevision, welcher der Bevölkerung Albaniens zur Volksabstimmung vorgelegt wurde, den die Bürger jedoch im November 1994 ablehnten. Der Entwurf enthielt das Erfordernis der albanischen Staatsbürgerschaft als Voraussetzung für die Einsetzung von Oberhäuptern der großen Religionsgemeinschaften. Dadurch wäre es dem griechischen Metropoliten der albanischen autokephalen orthodoxen Kirche, Erzbischof Anastasios, verwehrt worden, sein Amt weiter auszuüben.

4. Durch eine an beide Seiten gerichtete explizite Aufforderung von Präsident Clinton, einen Dialog ohne Vorbedingungen zu führen im Januar 1995.

Am 13. und 14. März 1995 kam schließlich der Besuch des griechischen Außenministers Papoulias in Tirana zustande.¹³ Als positives Ergebnis konnte nach diesem Besuch eine Vereinbarung über die Errichtung gemischter griechisch-albanischer Ausschüsse zur Lösung beiderseitiger Probleme verbucht werden. Dazu zählten das Minderheitenproblem in Südalbanien/Nordepirus, die Verhinderung illegaler Einwanderung von Albanern nach Griechenland und die Frage der Staatsangehörigkeit des in Albanien tätigen Erzbischofs der griechisch-orthodoxen Kirche.¹⁴

Die Konfrontation mit Albanien im Jahre 1994 traf Griechenland unvorbereitet und fiel in eine Phase diplomatischer Schwäche, die v.a. aus dem offenen Dissens mit Skopje resultierte, einem Konflikt, der Griechenland dauerhaft beschäftigte. Diese Erkenntnis dürfte auch die griechische Administration nach anfänglichem Zögern dazu geführt haben, die Auseinandersetzung mit Albanien zu deeskalieren, bevor auch diese Konfrontation in die Reihe der großen außenpolitischen "nationalen Themen" hätte eingereiht werden müssen.¹⁵ Seit Anfang 1995 stellte sich eine deutliche Entlastung des gespannten Verhältnisses Griechenlands mit seinem Nachbarn Albanien ein.¹⁶

Die Embargopolitik gegenüber dem ehemals jugoslawischen Makedonien und die Reaktion der EU-Kommission (Klage vor dem EU-Gerichtshof), so Veremis und Kouloumpis, verdunkelten systematisch das Bild Griechenlands in den Augen der europäischen Partner. Die Situation entspannte sich erst durch die im Dezember 1994 einsetzende Normalisierung der griechisch-albanischen Beziehungen, insbesondere nach der Unterzeichnung des Interim-Abkommens zwischen Athen und Skopje im September 1995. Danach folgten sehr bald die Ausführungsvereinbarungen zum Interim-Abkommen und die Errichtung von Verbindungsbüros in den jeweiligen Hauptstädten.¹⁷

Diskussion über eine Umorientierung der griechischen Außenpolitik

Seit 1994/95, also bereits in der Endphase des inzwischen schwer erkrankten Ministerpräsidenten Andreas Papandreou, gab es eine *verstärkte*¹⁸ öffentliche Diskussion in Griechenland über eine nötige Umorientierung der Außenpolitik.

Im Frühjahr 1995 zog der ehemalige griechische Außenminister Georgios Papoulias gemeinsam mit Außenpolitik-Experten seines Landes Schlußfolgerungen aus der griechischen Außenpolitik der ersten Hälfte der neunziger Jahre. Die Ungeduld der Europäer und der USA wegen der Verschleppung einer Lösung der Differenzen Athen-Skopje wurde in Athen zunehmend deutlicher registriert. Ferner begriffen die meisten Politiker, daß eine Verzögerung der Lösung auf internationaler Ebene lediglich zu einer Verfestigung des Namens "Makedonien" für Gligorovs Staat führte. Das von Griechenland verhängte Wirtschaftsembargo konnte zudem nicht die Kapitulation Skopjes gegenüber den Athener Forderungen erzwingen.¹⁹

In Griechenland wurde bereits seit längerem (mehr oder weniger) offen eingestanden, daß die Tilgung des Begriffes "Makedonien" aus dem Staatsnamen der ehemaligen jugoslawischen Republik nur sehr schwer zu erreichen sei. Iannis Kartalis schrieb dazu: "Die Wahrheit ist, daß die im Skopje-Problem verfolgte Politik als letztes Ergebnis die internationale Verfestigung des Namens 'Republik Makedonien' zur Folge hatte und daß es nunmehr sehr schwierig, wenn nicht gar unmöglich sein wird, daß diese Republik nun ihre Namensgebung

13 Vgl. Konrad Clewing, "Zwischen Instrumentalisierung und Brückenfunktion, Die griechische Minderheit in Südalbanien als Faktor in der Albanienpolitik Athens", *Südosteuropa*, 6/7 (1995), S. 413-432 (bes. S. 413-416) und "Anoixte amesos dialogo", Interview mit Präsident Clinton, *I Kathimerini* (8.1.1995), S. 1 sowie "I systasi Klinton", Ebenda, S. 11.

14 Vgl. Iannis Kartalis, "Thetikes exelxeis sto voreio metopo", *To Vima* (19.3.1995), S. A 24.

15 Vgl. "I alvaniki krisi aifnidiasie tin exoteriki mas politiki", *Kathimerini* (21.8.1994), S. 3.

16 Vgl. Konrad Clewing, *a.a.O.*, S. 413-432.

17 Vgl. Thanos Veremis/Theodoros Kouloumbis, *Elliniki Exoteriki Politiki - Dilimata mias neas Epochis* (Athen: Sideris, 1997), S. 70f.

18 Es gab auch zuvor kritische Einschätzungen zu den o.g. außenpolitischen Themen. Seit 1994/95 kann man jedoch von einer umfassend geführten Diskussion sprechen. Bemerkenswert war der Artikel des Athener Universitätsprofessors Giallouridis, der bereits im Februar 1992, als die "Makedonienfrage" heftig die Gemüter erregte und als über 1 Million Menschen (in Thessaloniki) für die Durchsetzung der griechischen Position demonstrierten, heftige Kritik an der griechischen Makedonien-Politik geäußert hatte. (Vgl. Christodoulos Giallouridis, "Egklovismeni i politiki mas", *I Kathimerini* (22.2.1992), S. 9.

19 Vgl. Vyrion Theodoropoulos/Efstathios Lagakos/Georgios Papoulias/Ioannis Tsounis, *Skepsis kai Provlitismoi gia tin exoteriki mas politiki* (Athen: Sideris, 1995), S. 33ff.

ändert.²⁰ Als mögliche Lösung könne nunmehr lediglich eine sogenannte doppelte oder dreifache Namensgebung für Makedonien - wenn überhaupt - erreicht werden.²¹ Drastisch formulierte es der derzeitige Außenminister Pangalos. Er übte Anfang April 1995 scharfe Kritik an der griechischen Balkanpolitik und betonte, Skopje werde weltweit praktisch als "Makedonien" bezeichnet, während sich Griechenland mit seiner Beharrlichkeit, eine Namensänderung zu erzwingen, international lächerlich gemacht habe.²²

Veremis und Kouloumbis schrieben im Jahre 1994, in der ersten Ausgabe ihrer kleinen Studie zur griechischen Außenpolitik von der Notwendigkeit der "Ent-Skopianisierung" (aposkopianopoiisi) der griechischen Außenpolitik. In der zweiten, erweiterten und überarbeiteten Ausgabe dieses Buches aus dem Jahre 1997 konnten sie erfreulicherweise dieses Kapitel mit der Überschrift "Die Entskopianisierung der griechischen Außenpolitik" versehen. Aus der Notwendigkeit zum Wandel ist nun ja auch die wirkliche Neuorientierung gefolgt.²³ Beide Autoren kritisieren im übrigen heftig die in der Vergangenheit verfolgte Außenpolitik ihres Landes: Die größte Gefahr für Griechenland wäre es, sich abermals hinreißen zu lassen, eine Verbindung von in Stufen durchgeführtem ökonomischem und militärischem Druck gegen Skopje und/oder Tirana auszuüben und so die Aussicht für ein nach vielen Seiten hin unternommenes Kräfteressen zu eröffnen, welches dann wiederum zu Griechenlands Lasten durch die militärisch starke und revisionistisch orientierte Türkei ausgenutzt werde.²⁴

Diskussion über das Verhältnis Griechenlands zur Europäischen Union

In Griechenland wurde die teilweise recht offen vorgetragene Kritik von Politikern aus anderen EU-Staaten rezipiert. Nachdem im Jahre 1994 und Anfang des Jahres 1995 deutlich wurde, daß Griechenland vor allem mit seiner Haltung gegenüber Skopje recht isoliert in Europa stand, wurden in der Diskussion um die Stellung und die Rolle Athens im vereinigten Europa verstärkt selbstkritische Positionen geäußert. Es genüge nicht, so ein kritischer Kommentar, die Aktivitäten innerhalb Europas allein auf Themen zu beschränken, die ausschließlich Athen beschäftigen würden. Die griechische Regierung habe in Europa einen Eindruck geschaffen, wonach sich die Solidarität der EU-Staaten auf die Anteilnahme an den Problemen Griechenlands zu beschränken habe, während sich Athen nicht um Anliegen der EU oder einzelner Länder zu kümmern brauche. Nationale Probleme eines Einzelstaates, wie sie Griechenland habe, müßten hingegen in bilateralen Bemühungen mit den Nachbarstaaten gelöst werden. Nur so könne sich das Land aus der politischen Abhängigkeit von den anderen Mitgliedstaaten lösen, ein Verhältnis, das entstehe, wenn ein Land ständig bei der Lösung seiner außenpolitischen oder sonstigen Probleme um den solidarischen Beistand der übrigen Mitglieder nachsuche.²⁵ Es gelte im übrigen den von Griechenland in den letzten Jahren geschaffenen Eindruck zu beseitigen, daß sich das Land in "Schattenkämpfen" aufbrauche oder nationalistischen Irredentismen hingebe und deshalb einen Destabilisierungsfaktor auf dem Balkan darstelle. Zentrale Achse griechischer Außenpolitik müsse die Mitarbeit in der Europäischen Union sein, und nur auf dieser Basis könne erfolgreich Außenpolitik betrieben werden. In der ersten Hälfte der Neunziger Jahre wäre die außenpolitische Stellung Athens unbestreitbar erheblich ungünstiger gewesen, wenn Hellas nicht die EU-Mitgliedschaft besessen hätte. Dies sei für einige Politiker des Landes allerdings noch keineswegs eine Selbstverständlichkeit. Eine Gruppe sehe in der EU sogar eine Verschwörung des internationalen Kapitals, um das Land ökonomisch auszupressen, eine Argumentation, die längst von den Tatsachen überholt sei. Eine andere, erheblich größere Zahl von Politikern stehe auf dem Standpunkt, die Union sei prinzipiell dafür da, als Einnahmequelle für den nationalen Staatshaushalt zu dienen. Diese Sicht sei gefährlich, da sie auf dem Grundsatz aufbaue, wonach Griechenland ein armer, aber nötiger Partner der Union sei. Wenn auch die erste Annahme stimme, eine *Notwendigkeit* der EU-Mitgliedschaft Griechenlands für den Erhalt der Union bestehe sicherlich nicht.²⁶ Soweit die Kritik von Theodoropoulos, Lagakos, Papoulias und Tsounis.

Gewandelte Einstellungen zum Makedonien-Problem

Die oben dargestellte Diskussion über eine notwendige Umorientierung griechischer Außenpolitik spiegelte sich auch in einer Änderung des Meinungsbildes der griechischen Bürger wider. An dieser Stelle sollen

20 Iannis Kartalis, "Thetikes exelixeis sto vorcio metopo", *To Vima* (19.3.1995), S. A 24.

21 Damit ist gemeint, daß sich die ehemalige jugoslawische Republik nach innen "Republik Mazedonien" nennt, international einen anderen Namen trägt und möglicherweise von Griechenland wiederum anders genannt wird - ein verwirrendes Konstrukt.

22 Vgl. Iannis Kartalis, "Thetikes exelixeis ..." a.a.O., S. A 24 und "Poikiles oi antidraseis ton kommaton", *I Kathimerini* (4.4.1995), S. 3.

23 Vgl. Thanos Veremis/Thodoros Kouloumbis, *Elliniki exoteriki politiki* ²(Athen: Sideris, 1997) [erw. u. überarb. Auflage].

24 Veremis/Kouloumbis, *Elliniki Exoteriki Politiki* (1997), S. 89.

25 Vgl. Theodoropoulos/Lagakos u.a., *Skepsis kai Provlimatismoi*, S. 13f und 19f.

26 Vgl. *ebenda*, S. 16ff.

veränderte Einstellungen zum Makedonien-Problem betrachtet werden. Im Sommer 1993 wurde das Makedonien-Problem von den griechischen Bürgern als zentrales außenpolitisches Problem des Landes bewertet. Die unnachgiebige Haltung der griechischen Regierung in der Namensfrage gegenüber der nördlichen Nachbarrepublik fand damals breite Unterstützung in der Bevölkerung. In einer Erhebung wurde danach gefragt, welche Haltung der Bürger von der griechischen Regierung für den Fall erwarte, daß sich der UNO-Sicherheitsrat für die Anerkennung Skopjes unter einem Namen entscheiden würde, in dem der Begriff "Makedonien" auftauche (als Beispiele wurden die Bezeichnungen "Neu-Makedonien" und "Ober-Makedonien" genannt); zugleich würde sichergestellt werden, daß im Rahmen einer umfassenderen Vereinbarung Grenzgarantien sowie ein Freundschaftsvertrag zwischen Athen und Skopje erreicht würden. Die Antworten waren eindeutig (siehe Grafik 1). Dieser Lösung wollten lediglich 11,3% der Befragten zustimmen. 25,7% sprachen sich gegen einen solchen Vertrag aus, sie wollten keine Anerkennung Skopjes, aber auch keine "Maßnahmen" (z.B. einen Wirtschaftsboykott) gegenüber Skopje gutheißen. 54,4% der Befragten waren ebenfalls gegen einen Vertragsabschluß, wollten keine Anerkennung Skopjes und sprachen sich zudem für "Maßnahmen" gegen den nördlichen Nachbarn, beispielsweise die Schließung der Grenzen, aus, selbst wenn dies die internationale Staatengemeinschaft störe. 8,7% der Befragten bevorzugten andere Lösungen oder gaben hierzu keine Stellungnahme ab. Die Umfrage zeigt, daß im Jahre 1993 insgesamt etwa 80% der Bevölkerung eine Vereinbarung ablehnte, in der Athen akzeptiert hätte, daß Skopje den Begriff "Makedonien" in seiner Staatsbezeichnung trägt.²⁷ Die Ergebnisse verdeutlichen die breite Unterstützung der griechischen Bevölkerung im Jahre 1993 für eine "harte Linie" Athens in der Auseinandersetzung mit Skopje.

Die 1994/95 in Griechenland verstärkt geführte Diskussion über eine Neuorientierung in der Makedonien-Politik fand nach dem Abschluß des Interim-Abkommens mit Skopje (1995) dann im Jahre 1996, unter der Ministerpräsidentenschaft von Kostas Simitis, ihre Fortsetzung. Anfang März 1996 machte sich in Athen "große Geschäftigkeit" breit, das "Problem Skopje" endgültig zu beenden. Regierungssprecher Dimitris Reppas betonte am 7. März 1996, nun müßten bald "Entscheidungen getroffen werden"; Simitis war offensichtlich bemüht, die breitest mögliche parlamentarische Zustimmung für eine Kompromißlösung zu erreichen.

Während Adonis Smaras (Politiki Anoixi) und Miltiadis Evert (Nea Dimokratia) betonten, ihre Parteien würden keine Bezeichnung für Skopje akzeptieren, in welcher der Begriff "Makedonien" enthalten sei, sprachen sich die Vertreter der Linken, Aleka Papariga (Kommunistische Partei Griechenlands) und Nikos Konstantopoulou (Synaspismos) offen für eine "zusammengesetzte Namensgebung" aus. Es entstand der Eindruck, Athen wolle noch im März 1996 zu einer Übereinkunft mit Skopje gelangen. Dimitris Tsovolas (Dimokratiko Kinima) gab treffend das politische Klima dieser März-Tage wieder, als er darauf hinwies, nun werde von Seiten der Regierung der Versuch unternommen, in der griechischen Gesellschaft den Boden für die Durchsetzung einer zusammengesetzten Namensgebung für Skopje zu bereiten. Parlamentspräsident Kaklamanis betonte, es müsse eine Lösung erreicht werden, welche "am wenigsten schlecht" für Griechenland sei.²⁸ Dies war ein deutliches Signal für eine Kompromißlösung.

Vor Teilnehmern der Konferenz "Griechenland und der Balkan" betonte Außenminister Pangalos am 12. März 1996, es sei nicht akzeptabel, wenn ein anderer Staat den gleichen Namen trage wie das griechische Makedonien (was eine zusammengesetzte Namensgebung möglich erscheinen ließ). Im übrigen empfahl er seinen Landsleuten, weniger Bezug auf "Alexander den Großen" zu nehmen und stattdessen mehr zu beachten, was "ringsherum", also in der Region vor sich gehe. Regierungssprecher Reppas betonte am gleichen Tag, daß in der diplomatischen Praxis formulierte Positionen das Erreichen des Endzieles erleichtern sollten und machte deutlich, daß ein Unterschied zwischen einer *Verhandlungsposition* und einem *Verhandlungsergebnis* bestehe.²⁹

Die seit März 1996 wieder entfachte Debatte um die "zusammengesetzte Namensgebung" führte zu einer veränderten Auseinandersetzung mit dem Thema. In den Zeitungen erschienen jetzt umfangreiche Reportagen, die das "unbekannte Nachbarland" ausführlich den griechischen Bürgern vorstellten.³⁰ Zu diesem Zeitpunkt erhob sich allerdings die Frage, ob diese Lösungsvariante für Griechenland noch möglich war. Richardos Someritis formulierte es treffend: "Das Problem für uns alle [gemeint ist die griechische Gesellschaft - J.R.] ist in diesem Augenblick nicht, ob wir die 'zusammengesetzte Namensgebung' akzeptieren müssen oder nicht, sondern ob noch Hoffnung besteht, daß wir dies erreichen können." Die amateurhaften "Neumakedonienkämpfer" (neomakedonomachoi) hätten Griechenland in der Vergangenheit mit ihrem ständigen "Nein"

27 Vgl. "Adiallaktoi oi Ellines os pros to Skopiano", *I Kathimerini* (15.8.1993), S. 6.

28 Vgl. die griechischen Nachrichtensendungen "Eidiseis", ET 1, (vom 7. bis 10. März 1996), jeweils 21.00 OZE.

29 Vgl. die griechischen Spätnachrichtensendung "Eidiseis", ET 1, (12.3.1996), 0.20 Uhr OZE.

30 Vgl. "Edo Skopia", *To Vima* (31.3.1996), A 3-9, "Apostoli se mia gnosti-agnosti chora", *Eleftherotypia* (7.4.1996), S. 8-10, (8.4.1996), S.15-18, "Edo Skopia", *Eleftherotypia* (9.4.1996), S.21-23.

zu einem Kompromiß in der Namensfrage nicht geholfen. Im Gegenteil, die Ehemalige Jugoslawische Republik Makedonien (englische Abkürzung: FYROM) werde international fast ausschließlich "Makedonien" genannt. Someritis gab zu bedenken, daß Griechenland mit seiner Weigerung, "Makedonien" als Teil des Staatsnamens zu akzeptieren, weiterhin ein Klima von Mißverständnissen und Verständnislosigkeit im Verhältnis zu den übrigen EU-Staaten und zu den USA schaffe und stellte die Frage, ob dies nicht ein zu hoher Preis sei. Für den Fall, daß die New Yorker UNO-Verhandlungen zwischen Athen und Skopje scheiterten, sei mit der internationalen Verfestigung der Bezeichnung "Makedonien" und mit einer Krise der Beziehungen Athen-Skopje zu rechnen. Dies wäre ein Zustand, der neue Probleme zu den derzeitigen Schwierigkeiten mit der Türkei hinzufüge.³¹

Der von der politischen Führung Griechenlands zu Beginn des Jahres 1996 initiierte Positionswechsel im Namensstreit spiegelte sich in einer Mitte März 1996 veröffentlichten Meinungsumfrage wider (Grafik 2).³² Auf die Frage "Was glauben Sie, ist heute das Beste, was wir [im Makedonien-Problem - J.R.] erzielen können?" antworteten 47,8% der Befragten, dies sei eine zusammengesetzte Namensgebung unter Einschluß der Bezeichnung "Makedonien" als adjektivische oder geographische Bestimmung. Der ein Jahr fünf lang von Griechenland gegenüber Skopje erhobenen Forderung nach Änderung des Staatsnamens (Verzicht auf die Bezeichnung "Makedonien") schloß sich bei dieser Befragung nur noch ein gutes Drittel (37,4%) der Athener Bürger an. Für die "doppelte Namensgebung", d.h. für je einen unterschiedlichen Staatsnamen im internationalen und internen Gebrauch Skopjes, votierten 11%, und 3,8% der Befragten antworteten mit "Ich weiß es nicht" oder machten keine Angaben.

Die überwältigende Mehrheit, nämlich 73 Prozent der befragten Bürger Athens sprachen sich dafür aus, das "Skopje-Thema" nunmehr, nachdem es vier Jahre die Gemüter bewegt (und erregt) hatte, durch einen realistischen Kompromiß beizulegen. Nur noch 27 Prozent der Befragten waren dafür, das Thema solange offenzuhalten, bis die griechische Position in diesem Streit vollständig akzeptiert sei (Grafik 3).

Außenpolitik unter Simitis im Spannungsfeld zwischen Kontinuität und Wandel

Imia-Krise Anfang 1996 - griechisch-türkischer Streit in der Ägäis

Am 15. Januar 1996 legte Andreas Papandreou sein Amt als Ministerpräsident nieder, drei Tage später wurde Kostas Simitis zum Premier gewählt, und am 22.1.1996 nahm das neue Kabinett seine Arbeit auf. Bereits einige Tage später stand Simitis während der Imia-Krise vor seiner ersten großen außenpolitischen Herausforderung.

Die Sprengkraft, die dieser Zwischenfall innerhalb weniger Tage entwickelte, warf abermals ein Licht auf das überaus angespannte Verhältnis der beiden Nachbarländer. Nach der Krise war die griechische Regierung noch mißtrauischer gegenüber Staaten, die nicht eindeutig für Griechenland Partei ergriffen, wie durch die recht offen ausgesprochene Ausladung von US-Staatssekretär Holbrooke im Gefolge der Imia-Krise im Februar 1996 deutlich wurde.³³ Rußland hingegen wurde vom griechischen Parlamentspräsidenten, Apostolos Kaklamanis, anläßlich einer Reise am 12. Mai 1996 in Moskau für seine Haltung gelobt: Rußland sei der erste Staat (von allen europäischen Ländern) gewesen, der gleich zu Beginn die griechische Position im jüngsten Streit Athens mit Ankara (Imia-Krise) unterstützt habe. Rußland habe deutlich gemacht, daß es auf Seiten Griechenlands stehe, weil das Völkerrecht die Athener Position stütze.³⁴ Was war in der Ägäis passiert?³⁵

Am 25. Dezember 1995 strandete ein türkisches Handelsschiff bei der unbewohnten, aus einer Ansammlung von Felsen bestehenden Inselgruppe Imia (türkisch: Kardak), östlich der Dodekanes-Insel Kalymnos (Abb. 1). Der Kapitän lehnte griechische Hilfe mit dem Argument ab, er befinde sich in türkischen Hoheitsgewässern und verlangte ein türkisches Schiff. Ein griechischer Schlepper zog zwei Tage später dann doch das gestrandete Schiff ins Meer hinaus. Am 29. Dezember 1995 und am 9. Januar 1996 tauschten Ankara und Athen in diplomatischen Noten ihre Standpunkte zu dem Vorfall aus: Athen zufolge gehörten die Inseln zur Dodekanes-Gruppe, die Türkei hingegen betonte, daß die Inseln im Kataster des Küstenortes Mugla ver-

31 Vgl. und zitiert aus: "Nai i ochi sti sintheti onomasia", "Nai" von Richardos Someritis, in: *To Vima* (31.3. 1996), S. A9.

32 In einer telefonischen Repräsentativbefragung wurden am 13. und 14. März 1996 in Athen 800 Personen über 18 Jahre befragt. Die Erhebung wurde im Auftrag der Zeitung *Eleftherotypia* vom griechischen Meinungsforschungsinstitut "ALCO-MARTEL" durchgeführt. (Vgl. hierzu und zu den weiteren oben dargestellten Befragungsergebnissen dieser Studie: "Symfonia gia to onoma kai grigora", *Eleftherotypia* (17.3. 1996), S. 8f.)

33 Vgl. "Holbrooke unerwünscht in Griechenland", *Neue Züricher Zeitung* (6.2.1996), S. 1; Holbrooke sagt Besuche in Athen, Ankara und Zypern ab, *Neue Züricher Zeitung* (7.2.1996), S. 2.

34 Vgl. die griechische Nachrichtensendung "Eidiseis", ET 1 (12.5. 1996), 21.00 OESZ.

35 Vgl. zum Folgenden: Stamatīs Georgoulīs/Symeon Soltaridis, *Imia - I anamfisviti elliniki kyriarchia* (Athen: Nea Synora, 1996), S. 27-34 und Ekkehard Kraft, "Der griechisch-türkische Streit in der Ägäis", *Neue Züricher Zeitung* (12.4. 1996), S. 7.

zeichnet und folglich türkisch seien. Der griechische Standpunkt stützt sich dabei auf die Verträge von Lausanne aus dem Jahre 1923 (Artikel 15) und auf den Pariser Friedensvertrag von 1947 zwischen den Alliierten und Italien (Artikel 14). In beiden Verträgen ist von den Dodekanes-Inseln *und den umliegenden Inselchen* die Rede. Diese Inseln wurden 1923 von der Türkei an Italien und 1947 von Italien an Griechenland abgetreten.

Am 25. Januar 1996 hißte der Bürgermeister von Kalymnos gemeinsam mit drei Bürgern auf einer der Felseninseln die griechische Flagge. Zwei Tage später flogen Redakteure der türkischen Zeitung "Hürriyet" unter großem Medienrummel mit einem Hubschrauber auf den gleichen Felsen, holten die griechische Fahne ein und hißten die türkische. Es folgte ein "Medienkrieg" zwischen beiden Ländern, der schließlich zu einem militärischen Konflikt eskalierte: Griechenland entsandte Marineeinheiten auf die Insel, welche die blauweiße Fahne wieder aufrichteten. Auch Ankara entsandte nun Kriegsschiffe in die Region, und türkisches Militär besetzte den kleineren, von Griechenland unbewachten Felsen der Inselgruppe. In der Nacht des 31. Januar konnte die Krise auf telefonische Vermittlung des US-Präsidenten Clinton und seiner Administration entschärft werden. Beide Staaten zogen ihr Militär ab und stellten den Status quo ante wieder her.

Während die Türkei diesen Ausgang als Sieg feierte, mußte sich Ministerpräsident Simitis mit Kritik - auch aus den eigenen Reihen - auseinandersetzen, hatte er doch zugestimmt, daß die griechische Fahne auf der Insel eingeholt wurde. In Griechenland entbrannte daraufhin eine heftige Debatte über die künftige Türkei politik des Landes und über die "Bedrohung aus dem Osten". Diesmal habe es sich nicht um die bekannten Streitfragen im Ägäis-Konflikt (Ausdehnung des griechischen Festlandssockels, des Luftraumes oder der Territorialgewässer) gehandelt, vielmehr habe die Türkei nun erstmals die *griechische Souveränität über griechisches Territorium* in Frage gestellt.³⁶

Die militärische Führung der Türkei hatte außerordentlich geschickt agiert, als sie ihre Truppen in der Nacht vom 31.1. zum 1.2.1996 anwies, die kleinere der beiden Felseninseln zu besetzen.³⁷ Die griechischen Kommandos befanden sich lediglich auf der größeren Felseninsel und hatten die kleinere Insel, ebenfalls Imia genannt, unbewacht gelassen. Griechenland befand sich in einer Zwickmühle: Wenn die Truppen Athens den Versuch unternommen hätten, diese kleine Felseninsel einzunehmen, dann wäre es Griechenland gewesen, welches das Gefecht begonnen hätte, und eine militärische Reaktion Ankaras wäre als Gegenschlag gegen den "Aggressor Griechenland" gewertet worden. Veröffentlichungen der türkischen Presse zufolge war die Besetzung griechischer Ägäis-Inseln als mögliche Reaktion der Türkei vorgesehen. Iannis Valinakis resümiert: Die Tatsache, daß Griechenland (in der oben beschriebenen, möglichen Konstellation) nur von seinem legitimen Recht auf Verteidigung gegen eine Verletzung seiner territorialen Integrität Gebrauch gemacht hätte - eine Auffassung, die Griechenland, nicht aber notwendigerweise die schweigende internationale Gemeinschaft vertrete - wäre durch die simplifizierenden Filter der internationalen Massenmedien als eine einfache Einzelheit unter vielen verloren gegangen.³⁸

Die internationale Staatenwelt wird seit dem Imia-Konflikt von griechischer Seite aus verstärkt danach beurteilt, ob der Türkei politische, diplomatische, strategische oder ökonomische Unterstützung (bzw. was Athen dafür hält) gewährt wird.³⁹

Seit dem Jahre 1994, besonders aber seit der jüngsten Ägäis-Krise, ist in der griechischen Gesellschaft die Debatte über eine effektive kurz- und mittelfristige politische, diplomatische und militärische Strategie gegenüber der Türkei zu *dem* zentralen außenpolitischen Diskussionsthema geworden.⁴⁰ Im Internationalen Institut der Panteio-Universität von Athen wurde gleich nach der Krise eine Arbeitsgruppe zur Analyse der griechisch-türkischen Beziehungen gegründet. Weitere wissenschaftliche Institutionen und die Massenmedien des Landes beteiligen sich intensiv an der Strategiedebatte.⁴¹

Der Streit um Imia verdeutlicht, daß es den türkischen Generälen wie auch der türkischen Führung - insbesondere unter T. Ciller - eigentlich nicht darum ging, die griechische Fahne von einer Felseninsel zu entfernen. Auch die vermuteten Ölverkommen in der Ägäis spielten keine zentrale Rolle in der türkischen

36 So Christos Rozakis, in: *Ta Nea* (1.2.1996).

37 Vgl. Alexandros Tarkas, "To chroniko tis krisis", in: *Amyra kai Diplomatia*, 59 (1996), S. 8-11.

38 Vgl. Iannis Valinakis, "Epistroti stin proteraiotita tis tourkikis apellis", in: ELIAMEP, *Epetirida* 1996 (Athen: Paratiritis, 1996), S. 9-18 (S.11).

39 Vgl. beispielhaft: "Stin Tourkia dinoun ta Valkania oi IPA" ["Die USA übergeben den Balkan der Türkei"], in: *Ependytis* (6/7.4. 1996), S. 1 und 3 sowie "'Dichotomoun' ta Valkania oi IPA" ["Die USA teilen den Balkan auf"], *ebenda*, S. 20f.

40 Unlängst waren hierzu auch erfreuliche, eher in Andeutungen gehaltene Diskussionsbeiträge aus beiden Ländern zu hören. Dem griechischen Außenminister Pangalos wurde die Bereitschaft nachgesagt, über die Entmilitarisierung östlicher Ägäis-Inseln nachzudenken, falls die Türkei entsprechend mit ihrer "Ägäis Armee" (Hauptquartier in Izmir) umgehe. Vgl. "'Diatisia' Simiti stin kontra Arseni-Pagkalou", *Ependytis*, (6/7.4. 1996), S. 20.

41 Vgl. Dimitris Konstas, "Oi politikes kai nomikes diastaseis tis krisis stin Imia", *I Kathimerini*, (18.2.1996), S.8 und Thanos Veremis, "To pedio tis ellinotourkikis anametriseis", *ebenda*.

Strategie-Planung. Das veranstaltete Schauspiel um Imia diene allein dem Ziel, möglichst viele "strittige Fragen" zu schaffen, so daß die internationale Staatengemeinschaft das für unvermeidlich hält, was T. Ciller unmittelbar nach der Imia-Krise forderte: Verhandlungen über das "gesamte Ägäis-Problem".⁴² Genau in dieses politische Konzept passen die im Juni 1996 in Ankara formulierten Zweifel an der griechischen Souveränität über die südlich von Kreta gelegene Insel Gavdos.⁴³ In diesem Sinne äußerte sich im August 1997 Ministerpräsident Mesut Yilmaz gegenüber der Zeitung "Washington Post", wo er die Auffassung vertrat, das Ägäische Meer stelle einen Sonderfall dar, für den das Internationale Recht nicht zur Anwendung kommen könne. Was darunter zu verstehen ist, gab am 6. August ein Sprecher des türkischen Außenministeriums bekannt: Gemeint sei mit "Internationalem Recht" die von der Türkei nicht unterzeichnete Seerechtskonvention der UNO.⁴⁴ Sie soll nicht für die Ägäis gelten.

Europäische Union und Imia-Konflikt

Die Haltung der EU während der Imia-Krise war zunächst sehr reserviert. Die italienische Außenministerin Agnelli, zu jener Zeit Vorsitzende des EU-Außenministerrates, kommentierte das Problem mit der Bemerkung, es müsse jegliche Anstrengung unternommen werden, um eine Verschärfung der Spannungen zu vermeiden. Auch Kommissionspräsident Santer brachte lediglich die Bemerkung über die Lippen, es dürfe keinen Zusammenstoß zwischen zwei Staaten geben, von denen einer EU-Mitglied sei. Athen interpretierte diese Haltung als mangelnde Solidaritätsbekundung der Europäer. Immerhin acht Tage nach dem Höhepunkt der Krise betonte Santer, daß Europa eine tiefe Verbundenheit gegenüber Griechenland empfinde und fügte hinzu, die Zollunion sei eine Vereinbarung, die nicht nur ökonomische Fragen und Handelsabkommen betreffe, sondern auch die Teilnehmer zu guten Beziehungen untereinander führen müsse.⁴⁵ Die Verpflichtungen, welche die Türkei mit dem Abschluß der Zollunion eingegangen seien, würden Ankara binden, zu den EU-Staaten Beziehungen, basierend auf der Achtung der demokratischen Prinzipien und des Völkerrechts einzugehen und jegliche Gewaltanwendung auszuschließen. Auf die in Athen gestellte Frage, ob denn die griechischen Grenzen zugleich auch die Außengrenzen der EU darstellten und ob diese folglich unter dem Schutz der EU stünden, erfolgte zunächst keine Antwort der EU-Kommission. Diese sehr zögerliche Haltung der EU gegenüber der Imia-Krise verleitete den US-Diplomaten Richard Holbrooke zu der kritischen Bemerkung, Europa scheine nicht in der Lage zu sein, im "eigenen Haus" Entschlossenheit zu zeigen. Während der Nacht des Beinahe-Zusammenstoßes zwischen Griechenland und der Türkei hätten die Europäer den "Schlaf des Gerechten" geschlafen.⁴⁶

Auch die Reaktionen der "großen" EU-Staaten waren zurückhaltend. Deutschland und Großbritannien nahmen eine neutrale Position gegenüber beiden Kontrahenten ein. Vertreter beider Staaten wiesen lediglich darauf hin, es müsse eine "Lösung mittels Dialog" unter Respektierung der relevanten Vereinbarungen gefunden werden. Eine Aussage darüber, wer denn die Souveränität über die Felseninsel besitze, kam jedoch nicht zustande. Auch Paris forderte zunächst lediglich zu Dialog und Konfliktlösung auf. Später war aber aus dem französischen Außenministerium zu vernehmen, die griechische Souveränität über die Felseninseln sei unbezweifelbar und die griechische Argumentation juristisch fundiert.⁴⁷

Die Reaktion Griechenlands (vor allem von Kostas Simitis) nach dem Beinahe-Zusammenstoß auf Imia zeigte ganz deutlich die "europäische Komponente" griechischer Außenpolitik nach Papandreou. Bereits im Februar 1996, also kurz nach der Entschärfung der Imia-Krise, kündigte Informationsminister Reppas Reisen des Ministerpräsidenten noch im gleichen Monat nach London, Paris und Bonn zwecks außen- und europapolitischen Konsultationen an. Am 22. Februar 1996 traf Simitis in Bonn mit Bundeskanzler Kohl zusammen. Ebenso wie in Bonn suchte Simitis auch in den anderen genannten Metropolen die Unterstützung der europäischen Regierungschefs im jüngsten Streit mit der Türkei. In der gegebenen Situation war es m. E. wichtig und richtig, in einige europäische Metropolen zu reisen, um dort persönlich die Position Griechenlands darlegen zu können. Nur so konnte um Unterstützung für die Position Athens geworben werden.

Auch im Europa-Parlament konnte Griechenland einen Erfolg verbuchen, denn in Entschließungen wurde die türkische Seite heftig kritisiert, weil sie die Souveränitätsrechte Griechenlands in Frage gestellt und seine Grenze bedroht habe. Damit habe die Türkei internationale Vereinbarungen und das Völkerrecht in Frage

42 Vgl. Niels Karditzke, "Schattenboxen in der Ägäis", *Die Woche* (16.2.1996).

43 "Simitis sucht Entspannung mit dem 'Erbfeind'", *Handelsblatt* (8.7.1996).

44 Vgl. "Ypanachorisi tis Agkyras", *I Kathimerini*, (7.8.1997), S. 5; "Diefkriniseis tis tourkikis presveias gia to Aigaio", *Eleftherotypia*, (7.8.1997), S.3; "Elliniki dysareskeia gia tis diloseis Gilmaz", *I Kathimerini*, (6.8.1997), S. 5.

45 Vgl. *Eleftherotypia*, (8.2.1996).

46 Vgl. "EU hat bei Ägäis-Krise geschlafen", *Süddeutsche Zeitung* (10./11.2.1996), S.10.

47 Vgl. Georgoulis/Sohtaridis, *Imia*, S. 107-115.

gestellt. Die seit dem 1. Januar 1996 theoretisch in Kraft gesetzte Zollunion der EU mit der Türkei konnte nicht wirksam werden, weil Griechenland sein Veto gegen das dazugehörige Finanzprotokoll verhängt hatte. Simitis machte deutlich, daß Athen das Inkrafttreten der Zollunion solange mit seinem Veto blockieren werde, bis eine Einigung im Streit um die Imia-Inseln erreicht sei.⁴⁸ Bei den Verhandlungen über die Revision des Maastrichter Vertrages nannte die griechische Administration die Sicherung der EU-Außengrenzen als wichtige Zielsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Diese Forderung erhob Griechenland nach der Imia-Krise um so vehementer. Von der EU erfolgte sofort die Bestätigung, daß die Außengrenzen der EU auch in dieser südosteuropäischen Region als unantastbar gewertet würden, doch die Frage, wo diese Grenze denn genau verlaufe, wurde von der EU nicht beantwortet. Der Parlamentsabgeordnete Stefanos Manos betonte in diesem Zusammenhang, daß gar keine kartographische Abbildung der EU-Außengrenze existiere, die Klarheit über die Imia-Streitfrage gebe.⁴⁹

Griechische Kritiker zogen aus der Imia-Krise Schlußfolgerungen für die künftige Türkei-Politik Athens, in der auch die Erwartungen an die Europäische Union diskutiert wurden:

1. Die griechische Führung könne einem ernstzunehmenden Gegner wie der Türkei nicht erfolgreich gegenüberstehen, wenn wichtige strategische Entscheidungen gleichsam "aus dem Stand" heraus getroffen würden. Deshalb sei umgehend ein Nationaler Verteidigungsrat mit strategischem Planungsstab zu errichten.

2. Griechenland dürfe sich nicht selber täuschen, indem es glaube, die westlichen Bündnispartner und EU-Staaten würden ihre eigenen strategischen Interessen in bezug auf die Türkei aufgeben, um den Ansprüchen Griechenlands zu entsprechen.

3. Beim griechisch-türkischen Ägäis-Konflikt gehe es im Kern nicht um Felseninseln oder um die Festlegung des Festlandssockels, sondern letztlich um die Frage des Erhaltes von Griechenland als unabhängigem Staat.

4. Griechenland habe es versäumt, Anstrengungen im Hinblick auf das Erreichen eines militärischen Gleichgewichtes zur Türkei zu unternehmen. Hier müsse scharf korrigiert und aufgerüstet werden.⁵⁰

Die oben erwähnten Interessen des Westens gegenüber der Türkei werden in Griechenland folgendermaßen gesehen:

Die militärische und politische Unberechenbarkeit des Irak habe vor allem seit dem Golf-Krieg des Jahres 1991 deutlich die militärische Bedeutung der Türkei für den Westen erhöht. Präsident Clinton hatte dies in einem Schreiben an Simitis klar formuliert. Der Konflikt des Westens, vor allem der USA sowohl mit dem Irak als auch dem Iran mache die Türkei, den "prowestlichen Faktor" in dieser Region, zu einem wichtigen Verbündeten. Auch die Bürgerkriegssituation im Nordirak und der Souveränitätsverlust Bagdads in diesem Gebiet, der sich in der Schaffung der dortigen "Sicherheitszone" ausdrücke, verschaffe Ankara die Möglichkeit, im Nordirak politische und militärische Kontrolle auszuüben. Letztlich bestehe auch die Möglichkeit einer territorialen Expansion der Türkei durch Annektierung von nordirakischem Territorium. Die zahlreichen dort bereits durchgeführten türkischen Militäraktionen ließen eine solche Konstellation als durchaus möglich erscheinen.

Ausgehend von diesen Überlegungen definieren sich die Interessen Griechenlands folgendermaßen: 1. Grundsätzlich kann Athen kein Interesse daran haben, sich in seinen Beziehungen zum Irak von der Politik der USA zu unterscheiden. 2. Griechenland ist am Erhalt der territorialen Integrität und Souveränität des Irak interessiert. 3. Die Absetzung des Regimes von Saddam Hussein durch eine prowestliche Administration wäre für Athen von Nutzen. 4. Im übrigen sollte Griechenland versuchen, informell zu vermitteln, um den Iran [einen Gegner der Türkei - J.R.] den westlichen Staaten anzunähern.⁵¹

Griechische Europa-Politik

Die Imia-Krise beeinflusste die griechische Position auf der EU-Regierungskonferenz 1996/97. Auf einer Pressekonferenz betonte Simitis nach der Tagung des Europäischen Rates in Florenz am 21. Juni 1996 zum Themenkomplex Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, diese müsse einerseits auf die Verhütung und Lösung internationaler Spannungen, sowie andererseits auf die Sicherung und Unverletzbarkeit der Grenzen der EU und der territorialen Integrität seiner Mitgliedstaaten abzielen. Das Prinzip der gegenseitigen

48 Vgl. *Archiv der Gegenwart*, 66 (1996), S. 40.920.

49 Vgl. den Artikel von Stefanos Manos, *Tourkia-Skopia kai exodos apo tin apomonosi*, *I Kathimerini*, (18.2.1996), S. 3. Die gleiche Argumentation wie der konservative Politiker vertrat am 6. Mai 1996 in der griechischen Nationalversammlung Aleka Papariega, Vorsitzende der kommunistischen Parlamentsfraktion, anläßlich der Debatte über Simitis' USA-Reise und über die "nationalen Themen". (Vgl. die Sendung "Vouli ton Ellinon", gesendet am 12.5.1996 (13.00 bis 13.45 Uhr OESZ) im griechischen Fernsehen ET 1).

50 Vgl. Athanasios Platias, *Ektos synoron* (Athen: Ekdoseis Papazisi, 1997), S. 155.

51 *Ebenda*, S. 107.

Solidarität müsse zudem endlich mit Substanz gefüllt werden.⁵² Die Position Griechenlands war bereits im Juli 1995 in den Thesen der Regierung zur Vorbereitung der Regierungskonferenz formuliert worden. Neben der Beibehaltung der Einstimmigkeitsregel für den Fall, daß vitale nationale Interessen der Mitgliedstaaten betroffen seien, wollte die griechische Regierung die Festschreibung der "Solidarität der Gemeinschaft" bei der Überwachung der EU-Außengrenzen erreichen. Eine Klausel über die Geltendmachung "vitaler nationaler Interessen" ist tatsächlich im 1997 revidierten Maastrichter EU-Vertrag enthalten. Griechenland kann auch mit der Beibehaltung der Stimmengewichtung der einzelnen Mitgliedstaaten zufrieden sein. Athen behält im übrigen, wie alle kleineren EU-Staaten, seinen EU-Kommissar.⁵³ Simitis wies nach den Amsterdamer Abschlußverhandlungen der EU-Regierungskonferenz 1996/97 darauf hin, daß die Tagung des Europäischen Rates äußerst erfolgreich für die griechische Seite gewesen sei. Er betonte, im Text der Schlußerklärung seien wichtige Prinzipien wie die Achtung der Souveränitätsrechte, die Enthaltung von Drohungen oder von Gewaltausübung, die Unverletzlichkeit der Grenzen, die territoriale Integrität der Staaten und die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten einzelner Länder enthalten. Auch die Bezugnahme auf die Helsinki-Schlußakte sei von großer Bedeutung. Als Erfolg bewertete die griechische Regierung auch den im revidierten Vertrag enthaltenen Passus über "politische Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten". Damit sei zwar noch keine Sicherheit vor Bedrohung, aber eine gewisse abschreckende Wirkung erreicht worden (so der stellvertretende Außenminister Georgios Papandreou). Auf jeden Fall erhält nun jeder Mitgliedstaat die Möglichkeit, im Falle einer Verletzung der oben genannten Grundsätze sofort eine Sondersitzung des Europäischen Rates einzuberufen.⁵⁴

Türkeipolitik des Jahres 1997: Einsetzung der Expertenkommission und Vereinbarung von Madrid

Im Frühjahr 1997 hatten der stellvertretende griechische Außenminister Papandreou und der türkische Außenamts-Staatssekretär Öymen in Malta Gespräche geführt, die unter Vermittlung der niederländischen EU-Ratspräsidentschaft zustande gekommen waren. Es wurde beschlossen, eine aus "Experten" beider Länder zusammengesetzte griechisch-türkische Kommission einzusetzen, die über das Procedere der weiteren Gespräche und Verhandlungen beraten sollte.⁵⁵ Der Grund für die Einsetzung eines solchen Ausschusses noch vor der Aufnahme von Gesprächen oder Verhandlungen politischer Repräsentanten liegt in der Tatsache begründet, daß beide Seiten seit Jahren unterschiedliche Themen, vor allem aber unterschiedliche Verfahrensweisen zur Streitbeilegung favorisieren. Griechenland stellt drei Vorbedingungen an Ankara: Den Verzicht auf die Anwendung oder Androhung militärischer Gewalt, die Anerkennung internationalen Rechts und internationaler Abkommen sowie die Bereitschaft Ankaras, eventuelle territoriale Ansprüche auf Inseln im Ägäischen Meer vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag klären zu lassen. Die Türkei spricht dagegen immer wieder von einem "Dialog", der über alle "offenen Fragen" geführt werden solle. Dazu zählen neuerdings auch (wieder) sogenannte Grauzonen in der Ägäis. Auf ein solches Verhandlungspaket will sich Athen nicht einlassen, weil es dadurch gezwungen würde, auch Themen in die Gespräche und in das gegenseitige Geben und Nehmen einzubeziehen, über die es nach eigener Auffassung nichts zu verhandeln gibt. Aus diesem Grund wird der immer wieder von der Türkei angebotene "umfassende Dialog" abgelehnt. Mit der Türkei gibt es, so die Position Athens, bilateral nur eine Frage zu klären: Die Grenzziehung des Festlandssockels in der Ägäis. Alle anderen, im Laufe der Jahre von der türkischen Seite vorgebrachten Anliegen betrachtet Griechenland als "willkürliche Forderungen", die unter Mißachtung internationaler Vereinbarungen gegen Hellas gerichtet seien.

Am Rande des Madrider NATO-Gipfels einigten sich Außenminister Pangalos und sein türkischer Amtskollege Cem auf eine 6-Punkte-Vereinbarung, die unter Vermittlung der amerikanischen Außenministerin Albright ausgehandelt und am 8. Juli 1997 von Ministerpräsident Simitis und dem türkischen Staatspräsidenten Demirel unterzeichnet worden war. In diesem Kommuniqué verpflichten sich beide Seiten zu Frieden, Sicherheit und gutnachbarschaftlichen Beziehungen (1), zur gegenseitigen Achtung ihrer Souveränität (2), zu den Prinzipien des internationalen Rechts und internationaler Verträge (3). Besondere Erwähnung findet die Achtung der legalen, vitalen Interessen beider Staaten in der Ägäis, die für die Sicherheit und nationale Souveränität beider Länder von großer Wichtigkeit seien (4). Desweiteren verpflichten sich beide Staaten, künftig einseitige Handlungen zu unterlassen, um Zusammenstöße zu vermeiden, die auf Mißverständnisse zu-

52 Vgl. *I Kathimerini*, (22.6.1996), S. 5.

53 Vgl. zur Position Griechenlands bei den Verhandlungen zur Revision des Maastrichter Vertrages ausführlich: Panos Kazakos, *Thesmikes metarrythmiseis stin Efrogpaiki Enosi* (Athen: Sideris, 1996) und zu den Ergebnissen der Regierungskonferenz 1996/97: ders., "I Evropaiki Enosi meta to Amsterdam kai i Ellada", *I Kathimerini* (13.7.1997), S. 4.

54 Vgl. "Teilerfolge, aber noch keine Grenzgarantie - EU-Gipfel brachte noch nicht den Durchbruch", *Athener Zeitung*, (20.6.1997).

55 Vgl. "I lysi den tha dothi edo kai tora", *I Kathimerini* (26./27.4.1997), S.4; "Archisoun oi epitropes", in: *Eleftherotytia* (6.5.1997), S. 4 und "Aristoi gnostes ton ellinitourkikon", *ebenda*.

rückzuführen sind (5). Schließlich bekräftigen beide Staaten, ihre Differenzen mit friedlichen Mitteln und ohne die Anwendung oder Androhung von Gewalt regeln zu wollen (6).⁵⁶

Mit der im Text genannten Respektierung "vitaler Interessen" sieht, so die griechische Kritik, die Türkei ihre Ansprüche in der Ägäis explizit untermauert. Kritiker wähten sogleich "Verrat griechischer Nationalinteressen" und wollten offensichtlich nicht zur Kenntnis nehmen, daß im Madrider Text nur von "*legalen, vitalen Interessen*" die Rede ist.⁵⁷ Natürlich läßt der nur wenig konkret abgefaßte Text viele Fragen offen und Spielraum für verschiedene Interpretationen. Vermutlich war dies auch Absicht der Verfasser, denn nun haben beide Seiten die Möglichkeit, mit Entspannungsbemühungen aufzuwarten, ohne in Einzelheiten festgelegt zu sein. Dieser Auslegung folgend nannte Ministerpräsident Simitis das Abkommen denn auch einen "allgemeinen Grundsatzrahmen", der noch keine Probleme löse und in dem Fragen, die nicht ausdrücklich aufgeführt seien, unberührt blieben. Allerdings, so der Premier, könne man praktisch von einem Nichtangriffsabkommen, von einem Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit sprechen. Von großer Bedeutung sei in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß die Türkei mit der Madrider Erklärung ihre Kriegsdrohung aus dem Jahre 1995 zurückgezogen habe.⁵⁸

Die ausführliche Vorbereitung der gegenwärtigen griechisch-türkischen "Liaison" (Einsetzung der Expertenkommission, vorbereitende Gespräche der Außenminister und ihrer Stellvertreter, Simitis' Treffen mit hohen türkischen Politikern am Rande internationaler Begegnungen, geplantes Treffen Simitis-Yilmaz im November 1997 auf Kreta am Rande einer Konferenz der Balkanstaaten) hebt sich deutlich von "einsam" getroffenen außenpolitischen Entscheidungen griechischer Politiker in der Vergangenheit ab.⁵⁹

Bevor aber eine echte und tragfähige Entspannung mit der Türkei erreicht werden kann, muß Simitis den Widerstand im eigenen Lager überwinden: Während die größte Oppositionspartei, die Nea Dimokratia, grundsätzlich positiv zur Madrider Vereinbarung steht, sieht sich Simitis bei seiner Türkei-Politik mit dem Widerstand von Abgeordneten aus den eigenen Reihen konfrontiert.⁶⁰ Nachdem bereits im Frühjahr 1997 32 PASOK-Abgeordnete ihrem Unmut über die Art der Kontakte mit der Türkei in einem "offenen Brief" an den Ministerpräsidenten Ausdruck verliehen hatten, formulierten nach dem Bekanntwerden des Madrider Abkommens 22 PASOK-Abgeordnete in einer Presseankündigung ihren Unwillen und sprachen sogar von einer Falle. Mit der Madrider Vereinbarung, so die Parlamentarier, werde auf höchster politischer Ebene ein bilateraler Dialog mit der Türkei geführt, und zwar trotz wiederholter Versicherung, dies dürfe nicht geschehen. Erstmals akzeptiere Griechenland nun, daß es sich bei den einseitigen Ansprüchen der Türkei lediglich um "griechisch-türkische Differenzen" handele. Mit der erstmals von griechischer Seite ausgesprochenen Anerkennung "vitaler türkischer Interessen" in der Ägäis werde ein Tor für Ankaras willkürliche Bestrebungen aufgestoßen. In scharfem Ton heißt es sodann in dem Beschwerdetext: Auf diese Weise werde der Weg bereitet für die Verwandlung des griechischen Archipels in ein Gebiet, in dem die Souveränitätsrechte unklar verteilt seien. Damit werde die nationale Sicherheit des Landes untergraben und die Voraussetzung für dauerhafte Spannungen in der Ägäis geschaffen. Am Ende des Textes drohen die Parlamentarier ihren Widerstand gegen derartige Entwicklungen an. Auch in der Ministerriege von Simitis gibt es Vorbehalte gegen die Madrider Vereinbarung. Während Verteidigungsminister Tsochatsopoulos keine direkte Kritik übte, war aus Kreisen des ehemaligen Verteidigungsministers und jetzigen Erziehungsministers Arsenis zu hören, dieser hätte Simitis geraten, (wenn er denn um einen Rat gebeten worden wäre, was aber nicht der Fall war), *nicht* die Madrider Vereinbarung zu unterschreiben.⁶¹

In einem Interview mit der britischen Zeitung "Financial Times" erläuterte Simitis seine Entspannungsabsicht gegenüber der Türkei. Im Verhältnis Griechenland-Türkei sei jedes geäußerte Wort von Bedeutung. Aus diesem Grund gehe Griechenland mit festen und nicht bloß mit hastigen Schritten den unter Schirmherrschaft der EU begonnenen Entspannungsprozeß mit dem östlichen Nachbarn an. Auf das "Davoser Tauwetter" des

56 Vgl. "Symfonia genikon archon me tin Tourkia", *I Kathimerini*, (9.7.1997), S. 4.

57 Vgl. "I 'prodosia' tis Madritis" ["Der 'Verrat' von Madrid"], *Eleftherotypia*, (13.7.1997), S. 15.

58 Die Türkei drohte im Streit um die Küstengewässer für den Fall, daß Griechenland seine Hoheitsgewässer - entsprechend dem Völkerrecht - von 6 auf 12 Seemeilen ausdehnen würde, mit dem "*casus belli*". So ermächtigte die türkische Nationalversammlung am 8. Juni 1995 die Regierung im Falle der Ausdehnung der Hoheitsgewässer gegen Griechenland mit "allen für notwendig erachteten - einschließlich militärischen Maßnahmen" vorzugehen, "um die vitalen Interessen unseres Landes zu schützen". (Zit. nach: *Archiv der Gegenwart*, 65 (1995), S. 40.054).

59 Als Beispiel "einsamer Entscheidungen" seien zwei Vorfälle aus der jüngeren Vergangenheit angeführt: Die Entscheidung Konstantinos Karamanlis' für den Austritt Griechenlands aus dem militärischen Teil der NATO im Jahre 1974 und der Entschluß von Andreas Papandreu zu einem Dialog ohne Vorbedingungen mit der Türkei (1988 in Davos). Vgl. Dimitrios Bitsios, *Pera apo ta Synora. 1974-1977* (Athen: Kollaros, 1983), S. 204-206 und Iannis Kapsis, *Oi 3 meres tou Marti* (Athen: Nea Synora, 1990), S. 128f.

60 Vgl. "Pos antedrasan ta kommata", *I Avgi*, (10.7.1997), S. 4.

61 Vgl. "Keimeno 22 vouleton tou PASOK", *I Kathimerini*, (11.7.1997), S. 4.

Jahres 1988 zwischen A. Papandreou und T. Özal⁶² anspielend betonte Simitis, er wolle Resultate und nicht bloß Gespräche, die - wie in der Vergangenheit geschehen - mit Meinungsverschiedenheiten enden würden. Parallel zur ausgestreckten Hand der Entspannung hält die Simitis-Administration aber als Folge des Beinahe-Zusammenstoßes um Imia ihr Veto gegen EU-Gelder für die Türkei weiter aufrecht. Griechenland blockiert nach wie vor ein im Rahmen des Abkommens über die Zollunion EU-Türkei für Ankara bestimmtes Finanzpaket in Höhe von 375 Millionen Ecu. Simitis macht seine Zustimmung davon abhängig, ob die Türkei Abstand von der Infragestellung griechischen Territoriums in der Ägäis nimmt oder aber bereit ist, in dieser Frage den Internationalen Gerichtshof in Den Haag anzurufen.⁶³

Iannis Valinakis bringt die Madrider Übereinkunft mit dem Bestreben der USA in Verbindung, jeglichen bewaffneten Zusammenstoß in der Ägäis und auf Zypern zu vermeiden. In dieser Frage würden sich die griechischen Interessen mit denen der USA decken. Doch, so fragt er weiter, um welchen Preis und mit welcher Glaubwürdigkeit werde dies - vor allem zukünftig - geschehen? Dieser Logik folgend sei in der Madrider Vereinbarung die Zielsetzung fixiert, künftig Zusammenstöße, die sich "aus Mißverständnissen" ergeben könnten, zu vermeiden. Damit sei beispielsweise der jüngste Beinahe-Zusammenstoß auf Imia gemeint gewesen. Mit einer solchen Formulierung sei erstmals, so Valinakis, von griechischer Seite die Auffassung vertreten worden, die Imia-Krise und ähnliche Konflikte der Vergangenheit seien auf "Mißverständnisse" zurückzuführen gewesen. Vor Madrid wäre in Griechenland noch die Auffassung konsensfähig gewesen, der Grund für die Imia-Krise seien die Drohungen und Provokationen Ankaras gewesen. Neben der Anerkennung ihrer "vitalen Interessen in der Ägäis" habe die Türkei nach Madrid noch einen weiteren Erfolg verbuchen können. Dies sei die noch wichtigere Verpflichtung Griechenlands, "einseitige Handlungen" zu unterlassen, was von dritter Seite als "Einfrieren" des Rechtes Griechenlands gedeutet werde, seine Territorialgewässer - dem neuen Internationalen Seerecht entsprechend - auf 12 Seemeilen auszudehnen.

Natürlich, so Valinakis weiter, sei es ein wichtiges Ziel der griechischen Regierung, eine Minderung der Spannungen in der Ägäis zu erreichen, doch müsse berücksichtigt werden, daß die kleinen und die großen Zugeständnisse, die jedesmal gemacht würden, insgesamt einen Eindruck vermitteln würden, wonach Griechenland von eigenen Positionen abrücke und die türkischen Forderungen erfülle.⁶⁴ Mit Kritik dieser Art wird Simitis bei seinem Entspannungskurs auch künftig zu rechnen haben. Den Angaben enger Mitarbeiter des griechischen Ministerpräsidenten zufolge scheint Simitis aber trotz bestehender Widerstände bereit, gegebenenfalls auch außergewöhnliche Initiativen zur Verbesserung des griechisch-türkischen Verhältnisses zu ergreifen. Sogar eine baldige Reise nach Ankara soll auf dem Wunschzettel des griechischen Ministerpräsidenten stehen.⁶⁵

Verteidigungspolitische Anstrengungen

Während das griechisch-türkische Verhältnis vordergründig von einer "Diplomatie des Lächelns" geprägt wird, ist zugleich ein heftiger Rüstungswettlauf zwischen Athen und Ankara im Gang. Mitte November 1996 begründete Simitis die Notwendigkeit des vom Kabinettsausschuß für Auswärtiges und Verteidigung (KY-SEA) beschlossenen Modernisierungsprogrammes der griechischen Streitkräfte mit den "Provokationen und Drohungen" der Türkei. Griechenland will bis zum Jahre 2007 umgerechnet knapp 26 Milliarden DM für die Modernisierung seiner Streitkräfte aufwenden. Die Hälfte dieser Summe soll bereits bis zum Jahr 2000 aufgebracht werden. Simitis räumte in diesem Zusammenhang ein, hierfür neue Auslandskredite aufnehmen zu müssen. Gleichzeitig plant die Türkei ein Rüstungsprogramm, das in den kommenden 24 Jahren über 220 Milliarden DM kosten dürfte.⁶⁶

Für die Modernisierung von 39 Phantom F-4 Kampfflugzeugen, dies gab Verteidigungsminister Tsochatsopoulos Ende Juli 1997 bekannt, bekam das deutsche Luft- und Raumfahrtunternehmen Daimler-Benz-Aerospace (DASA) den Zuschlag.⁶⁷ Deutschland "hilft" aber auch den Rüstungsanstrengungen der Türkei. Geplant ist beispielsweise der Lizenzbau zweier MEKO-Fregatten, von denen eine bis Ende 1997 bei Blohm und Voss in Hamburg, die andere in der Türkei montiert werden soll.⁶⁸

62 Vgl. Heinz Richter, *Friede in der Ägäis? Zypern, Ägäis, Minderheiten* (Köln: Romiosini, [1989]), S. 78-81.

63 Vgl. "Thaw pierces the Aegean chill", *Financial Times*, (24.7.1997), S. 10.

64 Vgl. Iannis Valinakis, "I timi tou casus belli", *Eleftherotypia*, (13.7.1997), S. 60 und Lena Pagoni, "Fovame oti pame me lepsi fantasia kai stratigiki choris vathia proetoimasia" (Interview mit Valinakis), in: *Eleftherotypia*, (10.7.1997), S. 4.

65 Vgl. "Ta provlimata stis prooptikes tou K. Simiti", *I Kathimerini* (24.9.1997), S. 4.

66 Vgl. "Athen und Ankara starten ruinösen Rüstungswettlauf", *Handelsblatt*, (18.11.1996).

67 Vgl. "Ypegrafisan xthes oi symvaseis gia eksychronismo ton 'Fantom'", *I Kathimerini*, (12.8.1997), S. 4.

68 Vgl. "Athen und Ankara starten ruinösen Rüstungswettlauf", *Handelsblatt*, (18.11.1996).

Während der KYSEA-Sitzung vom 30. Juli 1997 wurde unter Simitis' Vorsitz das "neue Verteidigungs-Dogma" verabschiedet. Es folgt der Doktrin aus dem Jahre 1985, wonach die Hauptgefahr für Griechenland aus dem Osten (Türkei) komme. Das neue Dogma stützt sich auf drei Hauptpfeiler: 1. Auf die erhöhte militärische Verteidigungsbereitschaft, (2.) auf den "flexible response" bei "Spannungen niedriger Intensität" sowie (3.) auf das Einheitliche Verteidigungsdogma Griechenland/Zypern.

Die militärische Verteidigungsbereitschaft soll durch den effizienteren Einsatz bestehender Mittel erhöht werden sowie unter Zuhilfenahme moderner Technologien und durch bessere Ausbildung des Personals. Das "flexible-response"-Dogma bedeutet, angewendet auf einen möglichen Konflikt Griechenland-Türkei folgendes: Wenn die Türkei beispielsweise einen Angriff auf eine an ihrer Grenze gelegene griechische Insel verübt oder eine Felseninsel besetzt, dann wird möglicherweise die militärische Reaktion Griechenlands nicht auf die Region, in welcher der Angriff stattfindet, begrenzt werden, sondern es könnte beispielsweise ein griechischer Gegenschlag im Gebiet östlich des Grenzflusses Evros, im türkischen Thrakien erfolgen. Ein Szenario, das zwar nicht neu, aber gefährlich ist: Der Kriegsschauplatz würde auf das Territorium des Feindes verlegt werden.⁶⁹ Im Rahmen des "flexible response" soll durch entsprechende Ausrüstung die Fähigkeit verbessert werden, "heiße Zwischenfälle" zu bewältigen. Für die Marine werden beispielsweise die Kommandogruppen mit Korvetten und Patrouillenbooten verstärkt, die Luftwaffe erhält 60 neue Kampfflugzeuge. Weiterhin sieht ein Gesetzesentwurf die Möglichkeit eines freiwilligen Dienstes für Frauen ab dem Jahr 2001, sowie einen obligatorischen neunmonatigen Dienst von Rekruten in Grenzregionen des Landes vor. Regierungssprecher Reppas betonte in diesem Zusammenhang, das im Herbst 1996 beschlossene Rüstungsprogramm werde unabhängig von der Entwicklung der griechisch-türkischen Beziehungen nach dem Madrider Abkommen umgesetzt. Trotz des gegenwärtig entspannteren Klimas sei auch künftig die Entwicklung in der Türkei unberechenbar.⁷⁰

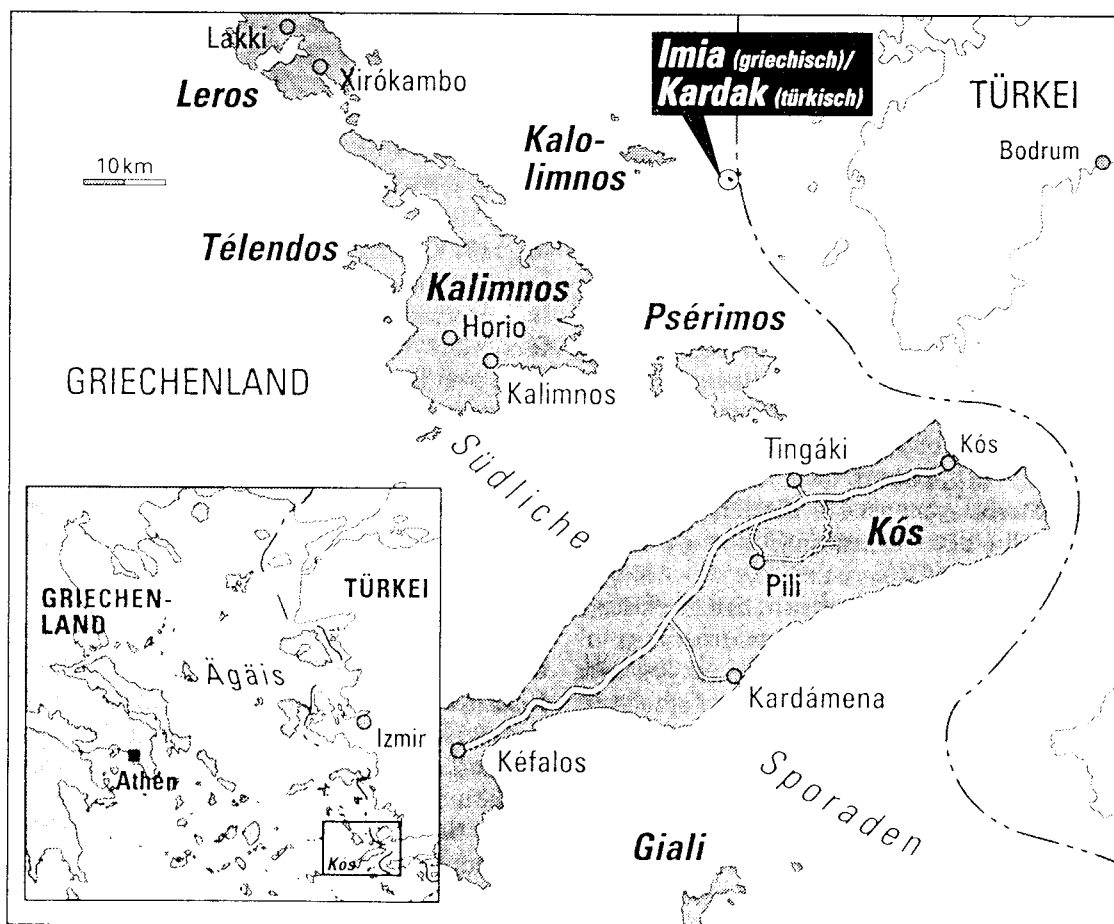


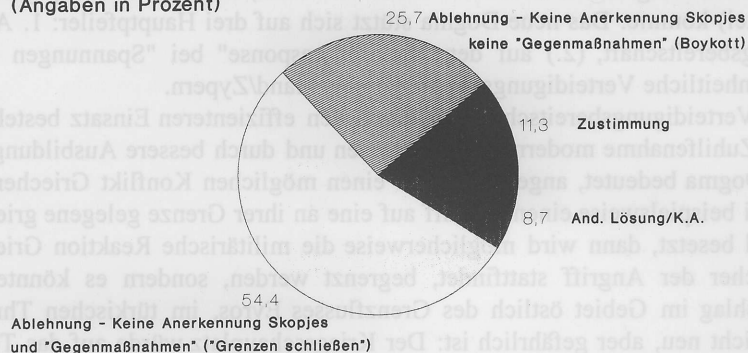
Abb. 1 Karte zum Imia-Konflikt nach: Fischer Weltatlas 97 (Frankfurt, 1996)

69 Vgl. "Enoplos Dynamis: mikra vimata pros sosti katefthinsi", *I Kathimerini*, (3.8.1997), S.6. und "Marathonios diaplois Kypriakou kai Ellinotourkikon", *I Kathimerini*, (3.8.1997), S. 10.

70 Vgl. "Gefahr aus dem Osten bleibt", *Athener Zeitung*, (1.8.1997).

**Reaktion d. griech. Regierung im Fall der UNO-Anerkennung
Skopjes unter Einschluß des Begriffes "Makedonien" bei
gleichzeitigem Abschluß eines Vertrages Athen-Skopje.**

(Angaben in Prozent)

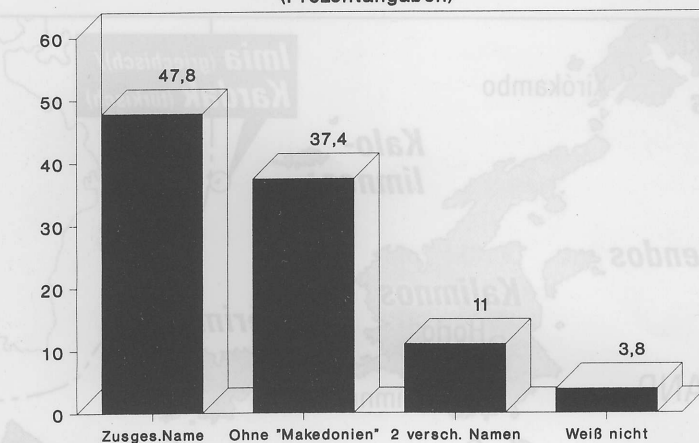


Ablehnung - Keine Anerkennung Skopjes
und "Gegenmaßnahmen" ("Grenzen schließen")

Befragung Sommer 93, Kathimerini 15.8.93

- Grafik 1 -

**Was können wir (Griechenland) im Makedo-
nien-Problem erreichen (März 1996)**
(Prozentangaben)



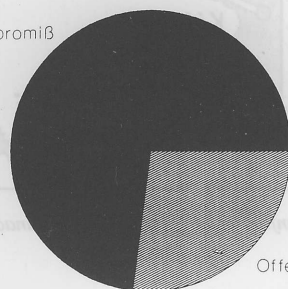
ALCO-Martel, März 96 für "Eleftherotypia"

- Grafik 2 -

Beendigung des Streites Athen-Skopje
(Befragung vom März 1996)

(Prozentangaben)

Für Kompromiß
73



Offenhalten
27

ALCO-Martel, März 1996

- Grafik 3 -